

"Nicht nur Retuschen am alten System" in Süddeutsche Zeitung (11. September 1971)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Dürrmeier, Hans ; Herausgeber Heigert, H. 11.-12.09.1971, Nr. 218; 27. Jg. München: Süddeutscher Verlag GmbH. "Nicht nur Retuschen am alten System", auteur:Möller, Hans , p. 23; 24.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/nicht_nur_retuschen_am_alten_system_in_suddeutsche_zeitung_11_september_1971-de-996ea1cd-15ac-4e61-8c54-8a74b642e2bb.html



Publication date: 24/11/2016

Nach dem Kollaps des Bretton-Woods-Abkommens:

Nicht nur Retuschen am alten System

Feste Wechselkurse erfordern Umdenken in der Wirtschaftspolitik

(SZ) Die in den Jahren 1944-1958 mühsam aufgebaute Weltwährungsordnung ist zusammengebrochen, obwohl ihr ein ungewöhnliches Wachstum der Weltwirtschaft zu verdanken war. Ebenso hatte diese Ordnung dazu beigetragen, wirtschaftliche Streitpunkte zwischen den Regierungen auf einer sachlichen Ebene zu regeln und die Verwendung außenwirtschaftlicher Instrumente für unmittelbar politische Ziele und von außenpolitischen Instrumenten zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile zumindest zu begrenzen.

Von Hans Möller

München, 10. September – Das Bretton-Woods-System hat zweifellos Mängel gehabt; aber – ebenso wie etwa für die Marktwirtschaft überhaupt – ist letztlich die Frage entscheidend, ob es ein besseres System gibt. Bei vielen Problemen übersehen wir, daß es in der Realität keine besten Lösungen gibt, sondern nur mehr oder weniger schlechte Lösungen, und daß die Systemlosigkeit eines punktuellen Interventionismus in die schlechteste aller Welten führt.

Kaum einer der wissenschaftlichen und politischen Kritiker der bisherigen Weltwährungsordnung hat sich der Mühe unterzogen, auch nur in den Ansätzen ein anderes Weltwährungssystem zu entwerfen und zu prüfen, wie es funktionieren würde. Trotz kritischer Durchleuchtung des Bretton-Woods-Systems sind nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen worden, um es funktionsfähig zu halten. Einzelne Länder haben zur Selbsthilfe gegriffen, ohne vorauszubedenken, welche Folgen sich daraus ergeben könnten.

Eine trügerische Hoffnung

Nicht zufällig sind die spektakulären außenwirtschaftlichen Entscheidungen in der Bundesrepublik und in den USA in erster Linie binnenwirtschaftlich motiviert gewesen. In beiden Ländern wurde offenbar die „außenwirtschaftliche Krise“ benutzt, um einen positiven psychologischen Effekt auf die Haltung der Bevölkerung, ja sogar auf die Entscheidungsfreudigkeit des Regierungsteams selbst hervorzurufen. Und dies geschah, obwohl man seit zwei Jahrzehnten wußte, daß volle binnenwirtschaftliche Autonomie in einem weltweiten System fester Wechselkurse nicht möglich ist.

Als große Hoffnung für die nahe Zukunft wird nun eine Weltwährungskonferenz propagiert. So sehr ich die schnelle Errichtung eines reformierten Weltwährungssystems begrüßen würde, so sehr befürchte ich, daß dies nicht gelingen wird. Vielen schwebt die Rückkehr zu festen, lediglich veränderten Paritäten vor, und sie knüpfen daran die trügerische Hoffnung, daß dann das alte System wieder funktionieren könnte. Solchen Gedanken wird durch die Vorstellung Vorschub geleistet, alle Währungsprobleme resultierten daraus, daß die Wechselkurse von ihren Gleichgewichtswerten abweichen und daß es genüge, diese Abweichungen durch Wechselkursänderungen zu beseitigen.

Diese Auffassung ist falsch, weil ein System fester Wechselkurse gerade darauf beruht, daß sich die übrigen relevanten ökonomischen Größen so verändern, daß die Marktkräfte auf den Devisenmärkten bei den festgelegten Paritäten zum Ausgleich kommen. Daß die praktizierte, nur auf kurze Sicht und häufig auch nur scheinbar „beste“ binnenwirtschaftliche Politik gerade dies zu verhindern trachtete, war der Grund für viele Währungskrisen der letzten beiden Jahrzehnte. Entscheidend ist also, ob man gewillt ist, eine mit den festen Wechselkursen und der Wirtschaftsentwicklung im Ausland zu vereinbarende binnenwirtschaftliche Entwicklung zuzulassen oder herbeizuführen.

Allerdings wäre eine Rückkehr zu den alten Paritäten letztlich für die Weltwirtschaft unerwünscht. Diese brächte nur dann eine Lösung der gegenwärtigen Krise, wenn die übrige Welt schnell und wirksam die Inflation so beschleunigte, daß die amerikanische Inflation übertroffen wird. Nur so könnte die amerikanische Wirtschaft bei den alten Paritäten ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder erlangen. Selbst wenn

jedoch die übrige Welt ein solches Opfer bringen wollte, wäre der Erfolg nicht sicher. Denn ein Hauptproblem der gegenwärtigen Krise ist die Inflation in den USA und eine noch schnellere Inflationierung in der übrigen Welt würde mit großer Wahrscheinlichkeit die erfolgreiche Bekämpfung der Inflation in den USA scheitern lassen und die Welt in einen Strudel der Geldentwertung stürzen.

Jeder sucht seinen Vorteil

Will die übrige Welt die Inflationsbekämpfung in den USA unterstützen und zugleich verhindern, daß die USA nun ihrerseits eine Devisenbewirtschaftung einführen – wie sie im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg gegen den Dollar praktiziert wurde –, so bleibt als Ausweg nur die Aufwertung gegenüber dem Dollar. Eine Aufwertung möglichst vieler wichtiger Welthandelswährungen würde also eine notwendige Voraussetzung für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Weltwirtschaft bilden, aber keine hinreichende Bedingung dafür sein, daß das Bretton-Woods-System wieder funktioniert.

So vorteilhaft auch eine konzertierte Aufwertung wäre, die bisherige Haltung vieler Länder läßt erwarten, daß sie entweder gar nicht zustande kommt oder zu gering bliebe, um wirklich wirksam zu sein. Jedes Land ist versucht, sich einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber den anderen und selbst gegenüber den USA zu verschaffen. Das Feilschen um neue Paritäten müßte zu einer großen Belastung für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den westlichen Ländern führen.

Dieser Sachverhalt schließt auch eine Abwertung des Dollars gegenüber dem Gold aus. Abgesehen von der an sich unerwünschten Goldpreiserhöhung ließe sich auf diese Weise eine Änderung der Dollarparität gegenüber der übrigen Welt nur herbeiführen, wenn eine vorherige Vereinbarung darüber bestünde, um wieviel der Dollar abgewertet wird und ob und um wieviel die anderen Länder ihrerseits abwerten dürfen. Eine solche Vereinbarung wäre gleichbedeutend mit einer konzertierten Aufwertung der übrigen Welt. Ist das eine nicht aussichtsreich, so auch das andere nicht.

Was kann also geschehen? Ich sehe als Übergangsregelung nur die Alternative zwischen Wechselkursfreigabe für möglichst viele Länder sowie Hinnahme einer Devisenbewirtschaftung durch die USA. Unter den gegebenen Umständen ist die Wechselkursfreigabe das kleinere Übel gegenüber einer umfassenden Devisenbewirtschaftung durch die USA, denen dann andere Länder bald folgen würden. Die Wechselkursfreigabe würde zunächst lediglich eine Art „standstill“ für Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung bedeuten, die keinesfalls neu eingeführt werden dürfen, was sich ohne Wechselkursfreigabe nicht verwirklichen ließe. Als Gegenleistung dafür wären die protektionistischen Maßnahmen der USA aufzuheben.

Eine solche Übergangsregelung hätte mehrere Vorteile: Sie läßt genug Zeit, eine reformierte Weltwährungsordnung zu diskutieren und zu vereinbaren. Falls diese Ordnung – wie ich hoffen würde – zu festen Wechselkursparitäten führt, bieten die dann zustande gekommenen Wechselkurse eine geeignete Ausgangsbasis für deren Neufixierung. Wenn die neue Ordnung auf der Grundlage flexibler Kurse errichtet werden soll, können zumindest für einen begrenzten Zeitraum Erfahrungen mit frei schwankenden Kursen gesammelt und für eine dauerhafte Ordnung genutzt werden.

Atempause für die USA

Weiter würde den USA eine gewisse Atempause gelassen, um die Inflationstendenzen im eigenen Lande einzudämmen. Solange die starke Inflationsentwicklung in den USA noch anhält, kann man kaum dauerhafte Vereinbarungen über eine Reform des Weltwährungssystems erwarten. Diese Begründung sollte nicht als Argument für die Errichtung eines dauerhaften Systems flexibler Wechselkurse gedeutet werden, denn eine erneute bewußte und wohlbegründete Bindung wichtiger Welthandelsländer an feste Wechselkurse könnte gerade eine wichtige Maßnahme zur Eindämmung künftiger Inflationstendenzen sein. Feste Kurse ermöglichen jedoch nur dann eine funktionsfähige Ordnung, wenn man sich nicht vorbehält, sie jederzeit zu ändern.

Diese Überlegung zeigt zugleich, welche dominierende Rolle den USA noch immer für die westliche

Weltwirtschaft zukommt. Diesen Einfluß kann man nicht durch leere Proteste aus der Welt schaffen. Vielmehr sollte man daran denken, daß die USA nach wie vor eine freie westliche Weltwirtschaft politisch garantieren und unter dieser Last gegenwärtig besonders stark leiden; sie haben gewiß nicht mutwillig dazu beigetragen, die Inflation im letzten Jahrzehnt so unheilvoll zu verstärken. Andere Länder und Regierungen haben es wesentlich leichter gehabt und haben gleichwohl Fehler gemacht.

In den 50er Jahren galt der Slogan „Wenn Amerika einen Schnupfen hat, bekommt Europa eine Lungenentzündung“. Damals war die dominierende Stellung der USA noch sehr viel stärker. Heute haben andere Länder an wirtschaftlichem Gewicht gewonnen und die USA sind auch in ihrer Wirtschaftspolitik nicht mehr so unabhängig wie früher. Seit mehr als zehn Jahren sind sich alle Wirtschaftswissenschaftler darüber einig, daß nur eine koordinierte, wohl aufeinander abgestimmte Wirtschaftspolitik die Gewähr für eine gedeihliche weltwirtschaftliche Entwicklung bietet. Der Koordinierungsgremien gibt es genug; die Erfahrung beweist jedoch, daß eine echte Koordinierung nicht ausreichend gelingt.

Koordinierung tut not

Bei dieser Lage der Dinge empfiehlt es sich, die Koordinierung zunächst im kleinen zu beginnen. Angesichts der engen wirtschaftlichen und institutionellen Bindungen in der EG ist hier eine Koordinierung sowohl erforderlich als auch aussichtsreich. Eine gemeinsame Politik der EG würde die Überwindung der gegenwärtigen Krise und die später notwendige Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik in der westlichen Welt wesentlich erleichtern und läge auch im wohlverstandenen Interesse der USA.

Käme die skizzierte Übergangsregelung – Stillstand in der Devisenbewirtschaftung und prinzipielle Freigabe der Wechselkurse – zustande, so könnten auch die EWG-Länder in Ruhe prüfen, ob und wie sie innerhalb des Gemeinsamen Marktes die Wechselkurse stabilisieren sollten. Die bloße Formel von der Stabilität im Innern und der Flexibilität nach außen reicht für eine Gemeinschaftspolitik nicht aus. Schließlich kommt es darauf an, wie die äußere Währungspolitik für die Gemeinschaft gehandhabt werden soll und ob und unter welchen Bedingungen die innergemeinschaftlichen Währungsrelationen geändert werden dürfen.

Die in diesem Zusammenhang zu lösenden Fragen sind teilweise die gleichen wie für eine Reform der Weltwährungsordnung. Zu diesen Fragen gehört vor allem auch die Rolle, die den internationalen Kreditbeziehungen künftig zugewiesen wird. Die zunehmende Freiheit für solche Kreditbeziehungen – die übrigens das theoretische System von Bretton-Woods nicht vorsah – hat die monetäre Abhängigkeit zwischen den großen Welthandelsländern wesentlich verstärkt. Die überraschend starke Inflation im letzten Jahr und manche Ungereimtheiten in der internationalen Währungsdiskussion (z.B. die fehlerhafte Diagnose des Währungsreservenbedarfs) sind letztlich darauf zurückzuführen, daß man die Bedeutung der internationalen Kreditbeziehungen nicht vollständig erkannt und noch weniger die daraus folgenden Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik gezogen hat.

Bei dieser Lage ist es zwar verständlich, wenn einige Länder versuchen, die Freigabe der Wechselkurse auf den Kapitalverkehr zu beschränken und diesen durch ad-hoc-Eingriffe zu reglementieren; dies erscheint jedoch gefährlich; weil es allzu leicht in eine echte Devisenbewirtschaftung führen kann und später dauerhafte Regelungen auf gemeinsamer Grundlage eher versperrt als erleichtert.

Schon diese Punkte zeigen, daß eine Reform des Weltwährungssystems mehr als nur Retuschen am alten System erfordert. Hektik, ein Herumkurieren an den Symptomen und die Propagierung kurzfristiger Scheinlösungen würden die Krise nur verstärken. Gleiches muß befürchtet werden, wenn man den gegenwärtig unregelmäßigen Zustand einfach beibehielte. Deshalb wäre die Übergangsregelung vorteilhaft: Abschaffung der protektionistischen Handelsrestriktionen in den USA; keine neuen Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung auf Seiten der übrigen Länder und prinzipielle Freigabe der Wechselkurse mit der Maßgabe, daß jedes Land das Interventionsrecht für seine Währung behält.